

Verschärfte Sicherheit nach Amoklauf in Zug

Die vom Regierungsrat im Nachgang zu den tragischen Ereignissen von Zug eingesetzte Arbeitsgruppe "Sicherheitsmassnahmen" hat sich in ihren ersten beiden Sitzungen intensiv mit Sofort- und Sicherheitsmassnahmen im Hinblick auf die kommenden Parlamentssitzungen befasst. Im Beisein der beiden Ratspräsidenten des Grossen Rates und des Grossen Stadtrates wurde ein von der Polizei erarbeitetes Sicherheitsdispositiv verabschiedet. Dabei wurde beschlossen, bis auf Weiteres die Sitzungen der beiden Parlamente polizeilich zu überwachen. Insbesondere werden künftig Zutrittskontrollen für Besucherinnen und Besucher sowie Medienschaffende durchgeführt.

Schaffhausen, 23. Oktober 2001, Staatskanzlei Schaffhausen